

Stadt Heidelberg

Federführung:

Dezernat IV

Beteiligung:

Dezernat IV, Amt für Chancengleichheit

Dezernat IV, Bürgeramt

Betreff:

Einrichtung eines Partizipationsforums

Beschlussvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Ausländerrat/Migrationsrat	23.10.2012	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	14.11.2012	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Gemeinderat	29.11.2012	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Ausländerrat/Migrationsrat und der Haupt- und Finanzausschuss empfehlen dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

Zur Vorbereitung der Entscheidung, welche Form der Bestellung des Ausländerrates / Migrationsrates gewählt werden soll, wird ein Partizipationsforum eingerichtet. Das Partizipationsforum wird durch ein externes Beratungsbüro moderiert.

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
A 01	Angebot Fa. imap GmbH Vertraulich – Nur zur Beratung in den Gremien!
A 02	Übersicht weiterer Anbieter für die Durchführung eines Partizipationsforums Vertraulich – Nur zur Beratung in den Gremien!

A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 3		<p>Bürger/innenbeteiligung und Dialogkultur fördern</p> <p>Begründung: Durch den breit angelegten Diskussionsprozess werden Transparenz, eine wertschätzende und zielführende Dialogkultur und mehr Akzeptanz gefördert.</p> <p>Ziel/e: Integration und interkulturelles Leben konstruktiv gestalten, ausländische Einwohner/innen als gleichberechtigte Bürger/innen anerkennen, ethnische und religiöse Heterogenität berücksichtigen</p>
QU 6		<p>Begründung: Mit dem Partizipationsforum sollen Leitgedanken und Forderungen aus dem KIP (gleiche Teilhabe für alle, Stärkung der Teilhabe am kommunalen Leben) erfüllt werden. Das beinhaltet auch die Chance eines Einflusses auf politische Entscheidungen.</p> <p>Ziel/e: Integration und interkulturelle Handlungsansätze fördern</p>
DW 4		<p>Begründung: Das Partizipationsforum bietet eine Chance für eine noch effizientere Vertretung aller Interessen der in Heidelberg lebenden Menschen mit Migrationshintergrund und damit bessere Integration unter Beachtung der interkulturellen Vielfalt.</p>

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

B. Begründung:

1. Warum ein Partizipationsforum?

Der Ausländerrat / Migrationsrat der Stadt Heidelberg hat in seiner 20-jährigen Geschichte viele wichtige Impulse für die kommunale Integrationsarbeit geleistet. Für den zukünftigen Erfolg dieses Gremiums soll nun in einem umfassenden Diskussionsprozess darüber initiiert werden, wie die kommunale Vertretung und politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund verbessert werden können.

Wahlbeteiligung:

Die Wahlbeteiligung ist von Wahl zu Wahl, trotz engagierter Öffentlichkeitsarbeit (zum Beispiel Infostand bei den Interkulturellen Tagen, Wahlposter, Infolyer), drastisch zurückgegangen. Lag sie 1994 noch bei 20,1 %, ging sie im Jahr 1999 auf 9,1 %, im Jahre 2004 auf 7,4 % und im Jahre 2009 auf 5,9 % zurück. Dies entspricht einer Zahl von 671 Wählerinnen und Wählern, wovon 190 per Briefwahl abstimmten.

In der Vergangenheit wurde die geringe Zahl von Wahllokalen für die schwache Wahlbeteiligung verantwortlich gemacht. Die Wahlberechtigten wurden immer darauf aufmerksam gemacht, dass

sie in den zehn Bürgerämtern in den Stadtteilen vier Wochen vor der Wahl Briefwahlunterlagen beantragen und die Wahl auch sofort ausüben können.

Eine Erhöhung der Anzahl von Wahllokalen oder die Unterbringung in den Wahllokalen für die Kommunalwahl lässt sich aus wahlrechtlichen Gründen nicht umsetzen. Insbesondere würde bei einer Wahlbeteiligung von weniger als 50 Wählerinnen und Wähler je Wahllokal der Grundsatz des Wahlheimnisses verletzt werden und die Wahl damit anfechtbar machen.

Auch die Einführung einer reinen Briefwahl brachte zum Beispiel bei der Stadt Mannheim nicht die gewünschte höhere Wahlbeteiligung. Hier wurde die Erfahrung gemacht, dass bei der Migrationsratswahl im Jahre 2000 per Urnenwahl eine Wahlbeteiligung von 14,5 % erreicht werden konnte und 2004, bei der ausschließlich durch Briefwahl gewählt werden konnte, lediglich eine Wahlbeteiligung von 10,7 % festgestellt werden konnte.

Die Städte Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe, Pforzheim und Esslingen, die bisher ein Gremium für ausländische Bürgerinnen und Bürger durch Wahl bestimmt haben, haben auf eine Bestellung der Mitglieder durch den Gemeinderat gewechselt. Städte, die erst in den letzten Jahren ein solches Gremium eingeführt haben, wählten gleich die Bestellung durch den Gemeinderat.

Sinn des Partizipationsforums soll es daher unter anderem sein, festzustellen, welche Form der Bestellung des Ausländerrates / Migrationsrates gewählt werden soll, um eine höchstmögliche kommunale Vertretung und politische Partizipation in Heidelberg zu gewährleisten.

Das Partizipationsforum Heidelberg soll für alle Mitglieder des Ausländerrates / Migrationsrates, des Gemeinderates sowie der Bezirksbeiräte offen sein und vor allem den Migrantenselbstorganisations-Vereinen und Einzelpersonen die Gelegenheit geben, gemeinsam an einer Lösung zu arbeiten. Der Diskussionsprozess des Partizipationsforums ist ergebnisoffen. Das Ziel soll es sein, einen möglichst breit diskutierten und breit akzeptierten Vorschlag zur Bestellung eines Ausländerrates / Migrationsrates für die Stadt Heidelberg zu erarbeiten. Dabei sollen verschiedene Modelle der Bestellung eines Ausländerrates / Migrationsrates vorgestellt sowie die Vor- und Nachteile abgewogen werden.

Vorgehen:

Die Stadtverwaltung beabsichtigt, den sehr umfangreichen Verteiler der Gruppen und Organisationen, die am kommunalen Integrationsplan mitgearbeitet haben, als Grundlage für die Einladungen des Partizipationsforums zu nutzen. Die Sitzungen des Partizipationsforums sollen öffentlich sein. Geplant ist die Durchführung von drei Workshops im Februar, April und Mai 2013. Danach sollen ein Abstimmungsgespräch und die Vorbereitung eines Entscheidungsvorschlags im Juni / Juli 2013 erfolgen. Nach den Sommerferien 2013 soll dann eine Beschlussvorlage in den Gemeinderat eingebracht werden.

Diese Vorlage soll einen Vorschlag enthalten, der im Ausländerrat / Migrationsrat, den entsprechenden Fachausschüssen und im Gemeinderat diskutiert werden soll. Dabei soll ein Verfahren vorgeschlagen werden, wie der Ausländerrat / Migrationsrat 2014 zustande kommen soll. Der Diskussionsprozess ist ergebnisoffen, das heißt, sowohl die Beibehaltung des jetzigen Verfahrens einer Urwahl, einer reinen Briefwahl als auch das von anderen Städten praktizierte Verfahren einer Bestellung sollen in ihren Vor- und Nachteilen gegeneinander abgewogen werden. Ziel des Vorschlages soll es sein, eine Struktur zu finden, die eine höchstmögliche Repräsentanz der Menschen mit Migrationshintergrund in der kommunalpolitischen Diskussion und damit auch die bestmögliche Partizipation dieser Personengruppe von Menschen mit Migrationshintergrund in Heidelberg gewährleistet.

Das Partizipationsforum soll durch Herrn Bülent Arslan und Frau Evelyn Caccio, imap GmbH, geleitet und moderiert werden. Zu den Einzelheiten verweisen wir auf die Anlage A 011 dieser Vorlage.

Im Vorfeld des ausgewählten Angebots sind insgesamt drei Angebote bei der Stadt Heidelberg eingegangen (siehe Anlage A 02). Die Agentur imap GmbH bietet durch ihre herausragende Kompetenz im Bereich der Arbeit mit Ausländer- und Migrationsräten die höchstmögliche Gewähr einer breiten Akzeptanz und einer zielführenden Diskussion.

Durch die Moderation eines externen Instituts, das in der Arbeit mit Ausländer- und Migrationsräten erfahren ist, ist gewährleistet, dass dieser Diskussionsprozess zielführend und erfolgreich sein kann.

2. Finanzierung

Nach dem Angebot von imap GmbH vom 12.09.2012 betragen die Honorarkosten 9.710,40 Euro. Hinzukommen noch Reisekosten und ein mögliches zusätzliches Leistungsmodul in Höhe von 850,00 Euro, so dass wir von einer Gesamtsumme von 11.260,40 Euro ausgehen. Diese Mittel sind bisher nicht im Haushalt vorgesehen.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von 11.300,00 Euro werden in Verwaltungszuständigkeit überplanmäßig im Budget des Amtes für Chancengleichheit bereitgestellt.

Die Anlagen A 01 und A 02 können aus vergaberechtlichen Gründen nicht veröffentlicht werden.

gezeichnet

Wolfgang Erichson